

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich für Postabonnenten sind beide Ausgaben täglich. „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“ — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitsbilder“ und „Literarische Umschau“ — Mittwoch: „Reise und Wanderung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm Zelle, 35 Pfennig. Familien-Anzeigen am Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein Chefredakteur: G. Dr. Bernhard Varnatz.
Hof. Im. Assn. d. Handelsl. I. V. Or. Stern v. Mäler. Bln.
Dav. Manuskripte werden nur zurückgen. wenn Porto beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs 17 7060—3665.
für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3668—3669.
Telegraphenamt: Ullsteinhaus, Berlin. Postbeckenkonto Berlin 666.

Gruben-Katastrophe in Schlesien

Bisher 67 Tote und 44 Verletzte / Ueber 60 Arbeiter eingeschlossen / Kohlenäure-Explosion im Schacht

Breslau, 9. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst
Auf dem Kurt-Schmidt der Benzengas-Grube bei Neurode ereignete sich heute nachmittag ein furchtbarer Kohlenäureausbruch, der bis jetzt bereits 67 Bergleute gefordert hat. 44 Bergleute sind mit schweren Gasvergiftungen erborgern und ins Lazarett überführt. Weit über 60 Arbeiter sind noch in dem Unglücksort eingeschlossen. Ueber ihr Schicksal besteht völlige Ungewissheit, doch befürchtet man, daß ein großer Teil von ihnen gleichfalls den Tod gefunden hat. Gegen 1/5 Uhr nachmittags erfolgte im Revier 17 des Schachtes, der zweiten Sohle ein Kohlenäure-Ausbruch von ungeheurer Heftigkeit. Die Gase, die sich in einem Schloßraum des Berges angesammelt hatten und bei einer Entspannung plötzlich hervorbrachen, verdrängten sich mit ungeheurer Schwindigkeit im ganzen Revier. Die vorerst arbeitenden Bergleute flüchten sofort beziehungsweise zusammen, nur einige von den Schloßern, die weiter entfernt von der Unglücksstelle arbeiteten, konnten sich noch rechtzeitig retten und die Bergschicht der Nachberaubere alarmieren.

Der Grubenleiter, der sofort die Gefahr für den gesamten Schacht erkannte, ließ sofort die Bergleute in dem Unglücksrevier abschieben und in alle Stollen flüchtigen. Trotzdem sind auch in den Nachberaubere eine ganz Anzahl Leute von den Gasen überfallen und erstickt worden.

Sofort nach Bekanntwerden des Unglücks leisteten die Rettungsarbeiten mit aller Energie ein. Doch konnte man an den eigentlichen Unglücksort noch nicht heranrücken, da sämtliche Stollen so schwer verengt sind, daß die Rettungsmannschaften nur nach Zustimmung neuer Stützbohlen weiter vordringen konnten. Für das Befahren der nötigen Mann, die in dem verengten Raum hinter den Bergleuten eingeschlossen sind, wird das Schlimmste befürchtet.

Die Nachricht von dem Unglück verbreitete sich in der Stadt Neurode mit ungeheurer Schnelligkeit. Zu Hunderten kamen die Angehörigen der Bergleute zu den Behörden, um Erlaubnis und Arbeiten um ängstlicher Spannung auf den weiteren Verlauf der Rettungsarbeiten. Die Volksgut von der Bergung eines Toten ließ jedoch mehrere furchtbare Szenen bei den Bergleuten aus. Es herrscht Panikstimmung.

Nach einer kurz von Reaktionsstich eingegangenen Meldung sind an der Unglücksstelle mehrere Pfeiler zu

Bruch gegangen, so daß die Hoffnung, die eingeschlossenen zu retten, noch geringer geworden ist.
Ueber die Ursache der Katastrophe herrscht noch völlige Unklarheit.

Der Kurt-Schmidt gehört zur Benzengasgrube, die unter dem auf dem hier fast vollständig ergrubenen Grubenanlagen des Reviers einen ganz besonders schmalen Stuf besitzt. In

Erinnerung sind noch die Kohlenäureausbrüche vor zwei und vier Jahren, die ebenfalls eine größere Anzahl Bergleute ums Leben kamen. Erst am letzten Sonnabend ist ein kleiner Kohlenäureausbruch aus der Benzengasgrube erfolgt, den man aber auf Grund bestimmter Anzeichen vorhergesehen hatte, so daß die Bergschicht von der gefährdeten Stelle entfernt werden konnte.

Eine Rettung für den Bergmann gibt es bei einem Kohlenäureausbruch im allgemeinen nicht. Er ist dann nicht in der Lage, in der Luft, die dann zu wenig Gaseinhalt enthält, weiterzuatmen, und fällt ohnmächtig zu Boden. Die durch einen Kohlenäureausbruch ums Leben gekommenen Bergleute erlitten stets, wenn sie veratmet, auf alle erdenkliche Art die Gefahr zu heilen, doch beweist die heutige Katastrophe, daß das nicht möglich ist.

Im Anschlag an eine Reihe von Unglücksfällen gleicher Art sind gegen Direktoren und Beamten der Benzengasgrube verurteilend Anlagen wegen fahrlässiger Führung erhoben worden. Die Prozesse haben aber stets mit einem Freispruch geendet.

Nachbesetzung des Kabinetts

Aussichten gebessert / Arbeitslosenanschluß wird begrenzt / Die Bürgerabgabe kommt

Das Reichskabinett hat gestern wieder eine Nachbesetzung abgefaßt, die die notwendige Stärkung des Schicksals der Deputierten bringen sollte, weil am heutigen Donnerstag bereits der Steuerantrag zusammengetragen wird, um seine Beratungen anzufangen.

Der zweite, wichtigsten Kabinettsbesetzung, die um 10 Uhr begann, lagen bereits die Entwürfe der Fraktionen vor. Der Kanzler hatte nach der Mittags-Beratung des Kabinetts den Führern der Fraktionen mitteilen lassen, daß die Regierung im Gange an den Deputiertenverträgen festhalte, daß sie den Parteien überlassen müsse, ihre besonderen Forderungen in die Form von Initiativanträgen zu stellen und diese Anträge im Reichstag einzubringen. Die Regierung, wurde hinzugefügt, sei bereit, wenn die Parteien sich über gewisse Ergänzungsvorschläge einigen. Sie zu prüfen und ihnen gegebenenfalls zuzustimmen.

Als solche Ergänzungsvorschläge können in Betracht: 1. die Veränderung des § 103 des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung in dem Sinne, daß der Höchstbetrag der an die Arbeitslosen zu gewährenden Darlehen von 1. April 1931 auf im Gesamtbetrag beschränkt werden müsse. 2. daß die Bürgersteuer vom 1. Oktober d. J. ab eingeführt werde, und zwar als Gemeindesteuer.

Die Erhebung der Bürger- und Kopfsteuer hatte Reichsfinanzminister Dietrich in seiner Rede am Montag für den Herbst bereits

in Aussicht gestellt, wenn er gegen sie auch gewisse Bedenken hatte. Die Änderung besteht also lediglich in der Festlegung auf den Termin von dem 1. Oktober und in der Festlegung auf die Steuerhöhe. Bedeutamer war die Änderung des § 103 des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung. Wegen die Forderung der Bundesräte für die Arbeitslosenversicherung, die sich befürworter der Reichsarbeitminister

Stegerwald genannt, weil er sie bei der jetzigen ungenügend hohen Zahl der Arbeitslosen für unzulässig erachtet. Auch im Zentrum war der Widerspruch gegen diese Forderung sehr heftig. Der Widerstand Stegerwalds war sogar so stark, daß er, wie man hört, für den Fall der Änderung des § 103 mit seiner Demission gedroht haben soll.

Trotz dieser Bedenken hat aber die Zentrumsfraktion gestern sich mit der vorgeschlagenen Änderung des § 103 einverstanden erklärt, weil sie der Auffassung war, daß nur dadurch die parlamentarische Beschließung der Deputiertenfrage gefördert werden könnte. Die Deutsche Sozialpartei hatte in ihrer Fraktionsentscheidung ausdrücklich, daß mit der erwähnten Ergänzungsvorschlägen und mit der Beschließung der Regierung, in dem Etat für 1930 mindestens 100 Millionen zu freigeigen, die Deputiertenverträge der Regierung für sie annehmbar seien. Die neue Formierung des § 103 ist aber so, daß sie keine Interpretation zuläßt. Wenn die Arbeitslosenversicherung im Etat begrenzt werden, die Arbeitslosen mit ihnen aber ihre Beschließungen nicht zu bekommen kann, wird, sobald sich eine Beschließung der Leistungen als unzulässig erwiesen, entweder eine weitere Erhöhung der Beiträge eintreten müßte oder aber die Regierung wird zu dem Finanzmittelgetriebe müssen, den finanziellen Notstand in einen Notstand überzuführen. In wie es im 1930 ebenfalls geschehen ist. Aber zunächst hat diese Form über die Schwerfächerzeit hinweggeholfen, die sich gegen die Annahme der Deputiertenverträge durch die Deutsche Sozialpartei ergaben.

Die demotokratische Reichstagsfraktion hat in ihrem Beschlusse die Einführung der Bürgersteuer verlangt, die Bürgersteuer Sozialpartei hat sich gegen die Bürgerabgabe ausgesprochen. Sollte Eingetrig ist also noch nicht hergestellt, da sich einzelne Fraktionen auch noch die Einbringung weiterer Initiativanträge vorbehalten haben.

Aber soweit die Deputiertenverträge liegen in Betracht kommt, ist der neue Punkt überwinden. Die offene Frage ist nur noch, die Deputiertenverträge ermöglichen zum Teil für die Vorlagen stimmen und ihnen die Mehrheit verschaffen werden. Die Regierung glaubt, mit einem solchen Gelingen von der demotokratischen Fraktion rechnen zu dürfen.

Wie die Bürgerabgabe erhoben wird

Die Bürgerabgabe soll von den Gemeinden erhoben werden. Steuerpflichtig sind jeder in der Gemeinde Wohnortbesitzer sein. Die Steuer wird nicht erhoben von Personen, die vom Wohlfahrt ausgeschlossen sind, oder bei denen die Ausstellung des Wohlfahrtsscheins, ferner nicht von den Personen, die laufend

Knapper Sieg MacDonalds

Mit drei Stimmen

London, 9. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Die Regierung erzielte heute nur mit drei Stimmen Mehrheit über einen sehr wichtigen Antrag bei der zweiten Sitzung des Budgets. Ein liberaler Antrag, der vorzüglich, die Reinnormierungen von Arbeitslosenstellen und gewerkschaftlichen Unternehmungen an Wahlen für drei Jahre bei der Berechnung der Einkommensteuer abzulehnen, wurde mit 278 gegen 275 Stimmen an der 29. Sitzung abgelehnt.

Die Wahlen brachen in der heutigen Subdebatte zwei Angriffe vor, in denen der Antrag gemacht wurde, durch Steuererhöhungen die Nationalisierung veralteter Betriebe zu beschleunigen und gleichzeitig die Unternehmungen zu verstaatlichen, weil während der Arbeitslosigkeit möglichst rasch Anträge auf Wahlen und Fabrikneubauten zu stellen. Der erste lediglich sehr verminderte Antrag, der vorzüglich, das Einnehmen der Reinerträge nach einem niedrigeren Satz als dem gewöhnlichen rezipiert werden sollten, sobald diese Reinerträge für Kapitalaufwendungen zu bestimmten Unternehmungen herangezogen werden, wurde nach 150 abweichenden Erklärungen von Snowden mit 278 gegen 150 abgelehnt.

Die Unterfrage über den zweiten Antrag war deshalb beizurechnenwert, weil Lloyd George einen Versuch unternahm, in

der Frage der Beschleunigung der Arbeitslosigkeit die erste große MacDonaldis eingefeldete Annäherung zu retten, obwohl MacDonaldis bereits am Dienstag in der Fraktionsbesprechung erklärt hatte, daß er alle Vorschläge von Lloyd George ablehnt habe. Nachdem Snowden ausinandergesetzt hatte, daß die steuerliche Begünstigung der technischen Erneuerung ungenügend ist, erklärte Lloyd George, daß er sehr andere Form des liberalen Antrages annehmen werde, vorausgesetzt, daß das Prinzip gewahrt bleibe, wonach die Substanz einer „Nationalisierungsantrag“ durch einen Steuerantrag von annähernd 7 Millionen Pfund erhalten. Unter Hinweis auf den Deereverdrach-Fehltag erklärte Lloyd George: „Aber Sie verlangen, endlich Taten zu sehen. Wenn die Zeiten noch lange auf sich warten lassen, dann wird es nach jedem Strohalm greifen, den man ihm entgegenhält.“

Snowden äußerte sich nicht, obwohl Churchill ihn nochmals anforderte, eine entgegenkommende Erklärung abzugeben. Als das Abstimmungsresultat veröffentlicht wurde, gab es minutenlanges stürmendes Geschrei auf den Bänken der Arbeiterpartei, und den Liberalen wurde zugeworfen, daß man nun mit ihnen fertig sei und das Strohalm zertrümmert habe.

Die Schenkel der Regierung ist zu Ende, und man wird bis zum Ende der Session noch täglich auf überdeckende Abstimmungen gerechnet sein müssen.